

Kalabagh-Staudammes im pakistanischen Tiefland scheiterten wiederholt am Widerstand der Provinzen NWFP, Baluchistan und Sindh (vgl. Südasien 4/98). Neben der Reaktivierung der Staudammpläne von Bunji und Basha, die ebenfalls nicht neu und unumstrittenen sind (vgl. SÜDASIEN 5/99), spricht sich Musharraf auch deutlich für Verbesserungen des Wassermanagements, das heißt die Verminderung von Verlusten im bestehenden Bewässerungssystem, aus. Diese Pläne sind Bestandteil der Wirtschaftspolitik, welche sich auf die Bereiche der Landwirtschaft, Energieerzeugung, Industrie und Information und konzentrieren soll.

Neue Welle religiöser Gewalt

Karachi ist seit einiger Zeit Schauplatz einer neuen Welle religiös motivierter

Terrorakte, an denen verfeindete schiitische und sunnitische Splitterparteien beteiligt sind. Auslöser der jüngsten Unruhen war die Ermordung von zwei Aktivisten der militant-schiitischen *Tebrik-e-Jafaria-e-Pakistan* (TJP), die am 5. Februar von unerkannt entkommenen Bewaffneten erschossen wurden. Gleichwohl machten TJP-Sprecher umgehend die radikal-sunnitische *Sipah-e-Sahaba Pakistan* (SSP) für den Anschlag verantwortlich, mit der sich die TJP seit vielen Jahren mit schwankender Intensität einen blutigen Untergrundkrieg mit hunderten Toten auf beiden Seiten liefert. Prompt kam es am Tag darauf nach der Beerdigung der beiden Mordopfer zu schweren Krawallen von TJP-Anhängern mit Polizei und paramilitärischen Sicherheitskräften. Dabei wurden unter anderem mehrere Fahrzeuge in Brand gesteckt und es gab auf beiden Seiten

Verletzte. Wie die in Karachi erscheinende Tageszeitung *Dawn* berichtete, setzten die Sicherheitskräfte Schlagstöcke und Tränengas ein, um die aufgebrachte Menschenmenge in Schach zu halten. Außerdem berichtete das Blatt in der Ausgabe vom 7. Februar über Massenverhaftungen in Reaktion auf die Ausschreitungen. Betroffen war demnach die praktisch gesamte Führungsspitze der TJP sowie eine nicht näher benannte Anzahl einfacher Parteimitglieder. Auch zwei Spitzenfunktionäre der SSP landeten laut Zeitungsbericht in Polizeigewahrsam. Der lokale SSP-Generalsekretär berichtete gegenüber der Presse, die Polizei habe insgesamt 250 Aktivisten und Mitglieder seiner Partei verhaftet.

Warum versagt in Pakistan die Demokratie?

Betrachtungen von Nafees Takar

Die Demokratie gilt in Pakistan seit der Staatsgründung 1947 als gescheitertes Phänomen. Daß sie in diesem Land nicht funktioniert, ist heute eine allgemeine Erkenntnis. Das Scheitern der Demokratie wird vor dem Hintergrund deutlich, daß auch heute noch, 53 Jahre nach der Unabhängigkeit, zivile und militärische Regierungsformen wie in den Anfangsjahren beständig wechseln. Nach der Unabhängigkeit dauerte es abgesehen von einer ersten semidemokratischen Phase ab 1947, die 1958 mit einem Militärputsch beendet wurde, immerhin ganze 25 Jahre, bis sich die Demokratie in Pakistan in den Jahren von 1972 bis 1977 erstmals für eine kurze Zeit durchsetzen konnte. Doch darauf folgte gleich die bisher längste Periode einer weiteren Militärdiktatur, die erst 1988 zu Ende ging. Die Jahre zwischen 1988 und 1999 bescherten dagegen die bislang längste Demokratiephase in der Geschichte des Landes. Doch vier Amtsenthebungen gewählter Regierungen und das Installieren einer ähnlichen Anzahl nicht gewählter Übergangsregierungen innerhalb dieser elf Jahre verhinderte, daß die Demokratie in Pakistan Wurzeln schlagen konnte. Politische Beobachter haben deshalb diese Periode mit dem Schlagwort von der „kontrollierten Demokratie“ umschrieben. Die Präsidenten dieser Ära besaßen die Macht, gewählte Regierungen jederzeit und nach eigenem Gutdünken zu entlassen. Mit dieser weitreichenden Vollmacht war das Staatsoberhaupt durch

eine Verfassungsergänzung ausgestattet worden, die ein nach Wahlen unter Ausschluß der politischen Parteien geschaffenes Parlament 1985 verabschiedet hatte. Erst 1997 gelang es einem aus freien demokratischen Wahlen hervorgegangenen Parlament, diese verhängnisvolle Verfassungsergänzung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit wieder aus der Verfassung zu streichen.

Für das Scheitern der Demokratie in Pakistan werden in der Regel eine ganze Reihe von Faktoren verantwortlich gemacht. Korruption, Vetternwirtschaft, ökonomische Fehlplanung und schlechte Regierungsarbeit sind einige der wichtigsten Gründe, die in diesem Zusammenhang immer wieder genannt werden. Die starke Stellung der Großgrundbesitzer in der Gesellschaft und ihre Dominanz im Parlament, der geringe Einfluß der Mittelschicht auf die Regierungspolitik sowie der weitverbreitete Analphabetismus unter den Wählern gelten als weitere Faktoren für das Versagen der Demokratie. Doch es gibt etliche Beobachter, die dieser Analyse nicht zustimmen würden und hierfür aus ihrer Sicht ganz andere Ursachen ausmachen. Diese aufrechten Befürworter einer Fortsetzung des demokratischen Experiments in Pakistan vertreten die These, daß das wirkliche Problem darin bestehe, daß die Demokratie bislang noch nie eine echte Chance besaß, im Land Wurzeln zu schlagen. Jedesmal wenn sie sich anschickte, sich auf eigene Füße zu stellen - so die



Nationalflaggen und Poster von Nationalhelden im Basar von Gilgit
(Foto: Jürgen Clemens)

Es stellt sich jedoch die Frage, ob Pakistan überhaupt eine neue „Version“ der Demokratie braucht. Hat es Pakistan als 53 Jahre alter Staat wirklich nötig, seine Experimente mit verschiedenen Spielarten der Demokratie weiter fortzusetzen? Denn in Wahrheit ist die Frage des „Demokratietyps“ überhaupt nicht das entscheidende Problem in Pakistan. Denn eine echte Demokratie zeichnet sich stets dadurch aus, daß eine durch das Volk legitimierte Regierung existiert, die für das Volk arbeitet und von diesem mehrheitlich unterstützt wird. Das Kernproblem besteht darin, daß einer demokratisch gewählten Regierung bislang noch nie erlaubt wurde, ihre Ziele und Vorhaben in die Tat umzusetzen. Auch fehlte den politischen Parteien das geeignete Führungspersonal für die Regierungsgeschäfte. Außerdem kann in Pakistan niemals irgendeine Variante der Demokratie funktionieren, wenn die in ihr

Argumentation - habe jemand in stärkerer Position versucht, diese Ansätze einzudämmen.

Und in der Tat führten in den elf Jahren zwischen 1988 und 1999 direkte und indirekte Interventionen der Armeeführung zur vorzeitigen Entmachtung von vier demokratisch gewählten Regierungen. Aufgrund dieser Praktiken verloren die Menschen den Glauben an die Demokratie, zumal man ihnen einredete, daß ihre demokratisch gewählten Führer unfähig seien, zu regieren.

Denn stets machten die Militärs die zivilen Politiker für sämtliche in Pakistan existierenden Probleme verantwortlich. Obendrein beschuldigten sich die Politiker ausschließlich gegenseitig, während sie sich gegenüber den Generälen in Sachen Kritik aus auf der Hand liegenden Gründen lieber in Schweigen hüllten.

Vor diesem Hintergrund plädieren manche Kreise nun für die Schaffung einer neuen Demokratievariante. Einer der kürzlich von der Presse publizierten Vorschläge ruft die politischen Parteien zur Unterzeichnung eines „neuen politischen Kontrakts“ auf, der die künftigen Spielregeln für die Funktionsweise der Demokratie verbindlich festlegt. Was dieser „neue politische Kontrakt“ im Detail enthalten soll, muß allerdings noch präzisiert werden. Einige Analytiker haben beispielsweise in diesem Kontext vorgeschlagen, die parlamentarische Demokratie durch ein Präsidialsystem zu ersetzen. Gemäß dieser Vorstellungen soll weniger das französische Modell Pate stehen, als vielmehr das amerikanische.

Ein neues politisches System wird die demokratischen Spielregeln nicht retten können

lebenden Menschen dies nicht zulassen.

Nicht das Entlassen gewählter Regierungen verankert die Demokratie im Land, sondern ganz im Gegenteil deren Kontinuität. Ein neues politisches System wird dagegen die demokratischen Spielregeln nicht retten können. Nur wenn sich nach jeder Wahl der Machtwechsel von einer Regierung zur nächsten in geordneten Bahnen vollzieht, läßt sich die Demokratie stabilisieren. Eine solche die Regierung als Institution stärkende Kontinuität würde auch deren Arbeit und Projekten Kontinuität, Stabilität und Nachhaltigkeit verleihen –

mentale Merkmale einer jeden Regierung, die Paki-

stan in dieser Form seit seiner Unabhängigkeit entbehren mußte. Denn bislang war es in Pakistan stets so, daß jeder Regierungswechsel zugleich auch einen Austausch aller Dokumente einschließlich der Verfassung mit sich brachte.

Wenn jedoch aus Wahlen Regierungen hervorgehen, deren politische Arbeit von nachhaltiger Bedeutung ist, läßt sich das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie vielleicht wieder zurückgewinnen. Dieses Ziel ist allerdings nur zu erreichen, wenn die pakistanische Bevölkerung an der Regierungsbildung auch entsprechend beteiligt wird.

Der Autor ist Islamabad-Korrespondent der renommierten englischsprachigen pakistanischen Finanzzeitung Business Recorder, die unter der Adresse www.brecorder.com auch im Internet vertreten ist. Außerdem ist er als Stringer für die BBC und ANSA tätig. Derzeit arbeitet Nafeez Takar im Rahmen eines Journalisten-Stipendiums für einige Monate bei der Deutschen Welle in Köln.